

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

7.12.1921 (No. 286)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Haupt-
Schrift-
leiter
C. A. n. d.
Druck
und Verlag:
S. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, Hebe
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 A 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Beilege und Gebirge frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabe von Anzeigen, deren Inhalt nicht der Redaktion und Kontroldruckerei fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Zur wirtschaftlichen Lage.

Die Kohlenversorgung.

Schon vor einigen Wochen wurde im amtlichen Teil der „Karlsruher Zeitung“ auf die bedrohliche Entwicklung der Kohlenversorgung der badischen Gas- und Elektrizitätswerke aufmerksam gemacht. Die Ausichten für die Kohlenversorgung sind, wie auch aus vielfachen Äußerungen der Presse hervorgeht, inzwischen für die Allgemeinheit — nicht nur für die Gas- und Elektrizitätswerke — immer ungünstiger geworden. Der Minister des Innern hat daher in Begleitung des Leiters der Badischen Landes-Kohlenstelle vor einigen Tagen bei den für die Kohlenbewirtschaftung maßgebenden Stellen in Berlin persönlich vorgesprochen und die badischen Verhältnisse und Interessen eingehend dargelegt. (Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Valutaschulden aus der Einfuhr von Milch und Vieh mit den zuständigen Reichsstellen besprochen.)

Auch bei diesen Besprechungen wurde von den Berliner Stellen hervorgehoben, daß infolge des ungewöhnlichen niedrigen Wasserstandes der Haupttransportwege für Kohlen, der Rhein, verlagert hat und daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Eisenbahnen nicht in der Lage sind, den dadurch entstehenden Ausfall an Transportmitteln zu ersetzen. Es darf die Aufmerksamkeit werden, daß die für die Kohlenbewirtschaftung maßgebenden Behörden alle Anstrengungen machen, um einer Kohlennot abzuwehren, wie überhaupt Süddeutschlands, nach Möglichkeit zu steuern. Außerordentliche Schwierigkeiten sind aber vorauszuversagen. Nicht dringlich genug kann daher die wiederholte Mahnung sein, beim Verbrauch von Brennstoffen, wie auch von Gas und Elektrizität äußerste Sparsamkeit zu üben.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß Reichswirtschaftsminister Schmidt am 12. und 13. Dezember 1921 mit den zuständigen Ministern der Länder und ihren Referenten in Darmstadt eine Aussprache über die gegenwärtige Wirtschaftslage und die sich aus ihr ergebenden Maßnahmen der Reichsregierung pflegte. U. a. sollen hierbei Ein- und Ausfuhr, Ausverkauf, Ausfuhrkontrollen, Kohlen- und Eisenlage, Teuerungssfragen, Wucherbekämpfung usw. erörtert werden.

Teuerung und Löhne.

I.

Man schreibt uns von besonderer Seite: Seit dem Sommer hat der Sturz des Marktwertes in Verbindung mit anderen Faktoren alle Warenpreise sprunghaft in die Höhe getrieben. In welcher Weise die Masse der städtischen Bevölkerung dadurch in Mitleidenhaftigkeit gezogen wird, ist wie man vielfach feststellen kann, insbesondere in den Kreisen der ländlichen Bevölkerung nicht hinreichend bekannt. Das Schlimmerleben einer kleinen städtischen Oberschicht darf über die tatsächlich bestehende Notlage des überwiegenden Teiles der Bevölkerung nicht hinwegtäuschen. Hier soll von den großen Gruppen der Festbesoldeten, den Angestellten, Beamten, Arbeitern gesprochen werden, auf deren Lebenshaltung die Teuerung geradezu verheerend gewirkt hat, ganz abgesehen von den kleinen Rentnern und Pensionären, deren Verrentung in der letzten Zeit ersparende Formen angenommen hat.

Es wäre verfehlt und durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht gerechtfertigt, wollte man den Marktwert allein für die maßlose Teuerung aller Lebensbedürfnisse verantwortlich machen. Selbstverständlich hat er zu einem sehr erheblichen Teil dazu beigetragen. Bestimmter aber hätte die Teuerung nicht derart besorgniserregende Formen angenommen, wäre ihr Fortschreiten nicht in diesem rasenden Tempo erfolgt, wenn nicht andere Faktoren, deren Schweregewicht im Inlande liegt, hinzugekommen wären. Das die wilden Angst- und Einberückungs-läufe des Publikums in Verbindung mit dem „Ausverkauf“ an das Ausland, daß aber auch vielfach unrelle Geschäftsgeschäften, daß wucherische Ausnützung der Gläubigerkonjunktur die Lage wesentlich zugespitzt haben, ist unbestrittene Tatsache. Erfreulicherweise haben die großen Organisationen der Landwirtschaft und des Handels in öffentlichen Erklärungen deutlich ausgesprochen, daß diejenigen Teile ihrer Berufsgruppen, die die Notlage der Bevölkerung wucherisch auszunutzen suchen, von ihnen auf das entschiedenste abgelehnt und bekämpft werden. Sie haben, was in ihren Kräften stand, getan, um dem fieberhaften Gewinntaumel, der sowohl Teile des Handels und der Industrie, wie der Landwirtschaft ergriffen hat, Einhalt zu gebieten und die unverantwortlichen Elemente innerhalb ihrer Reihen von sich abzuschütteln. Diesen Bestrebungen kann allerdings solange ein voller Erfolg nicht beschieden sein, als insbesondere bei der ländlichen Bevölkerung vielfach unzutreffende und schiefe Vorstellungen von der Lebenshaltung großer Schichten der städtischen Bevölkerung bestehen. Die Auffassung, daß die Not in den Städten und dichtbesiedelten Industriebezirken nicht so groß sei, wie man es darstelle, da ja gerade die Festbesoldeten in der Lage seien, durch erhöhte Lohnforderungen die gestiegenen Waren- und Lebensmittelpreise einzuholen, trifft tatsächlich nicht zu. Die Gehälter der Angestellten und Beamten sind seit 1914 im Durchschnitt um etwa das Vielfache, die Löhne der Arbeiter vielleicht um das Zweifache gestiegen, während die Kosten der Lebenshaltung eine Steigerung um durchschnittlich das Zwanzigfache erfahren haben. Zwischen Einkommen und Lebenshaltungskosten gähnt also eine ungeheure Kluft, die bei den Kleinrentnern und Pensionären am allerschlimmsten, bei einem Teil der Angestellten und Beamten etwas weniger groß und bei den Arbeitern relativ am wenigsten groß erscheint, in ihrer absoluten Wirkung aber auf eine Herabsetzung der Lebenshaltung der

überwiegenden Mehrzahl der deutschen Bevölkerung um mehr als 50 Prozent herabstürzt. Diese Herabsetzung der Lebenshaltung läßt sich — das haben die Vorgänge der letzten Monate klar bewiesen — selbst durch die intensivsten Lohnbewegungen nicht weitmachen. Auf Grund von amtlichen Statistiken läßt sich vielmehr der Nachweis führen, daß die Spanne zwischen Arbeitseinkommen und Lebenshaltung im Laufe der Zeit immer größer geworden ist. Diese Tatsache birgt die außerordentliche Gefahr in sich, daß die Arbeits- und Leistungsfähigkeit aller Arbeitenden, also Kopf- und Handarbeiter, mehr und mehr herabgedrückt wird. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß die Verminderung der Arbeitsleistung im Kohlenbergbau unmittelbar nach dem Kriege und schon während des Krieges eine naturunvermeidliche Folge der gesunkenen Lebenshaltung war. Es ist weiter nachgewiesen, daß mit der Verbesserung der Lebenshaltung die Leistungsfähigkeit nicht nur der Bergarbeiter, sondern der arbeitenden Bevölkerung aller Berufe gestiegen ist. Wenn nun die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung weiter herabgedrückt wird, wenn die Spanne zwischen Löhnen und den Kosten des notwendigsten Aufwandes sich weiter vergrößert, dann tritt als unvermeidbare Folge wiederum eine Senkung der Volkseinkünfte und vor allen Dingen der Arbeitskraft und der Arbeitsfähigkeit ein, die von schwersten Folgen für unser ohnehin geschwächtes Wirtschaftsleben sein muß.

II.

Es wurde gesagt, daß durch die Vorgänge auf den Waren- und Lebensmittelmärkten die Lage für den größten Teil der Festbesoldeten in der letzten Zeit geradezu katastrophal geworden ist. Wo Gehalts- und Lohnhörsungen durchgeführt wurden, reichten sie zum größten Teil auch nicht annähernd hin, um die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung auf den Stand auch nur des Frühjahres und Sommers zu erhalten. Einbehalten für den Winter konnten die wenigsten Angestellten, Beamten und Arbeiter sich. Deutlich wird das Mißverhältnis zwischen Gehältern und Lebensmittelpreisen durch eine Gegenüberstellung von zuverlässig ermittelten Zahlen, die den Friedensstand in Vergleich stellen zu dem Stand von 1921. Der Angestellte bediente im Jahr durchschnittlich:

im Frieden	1919	1920	1921
12 400	13 387	14 902	15 600

Das Einkommen des Angestellten hat sich also unter Zugrundelegung des Friedensstandes um 20 Prozent jährlich oder um 1100 monatlich vermehrt. Demgegenüber steht aber sein Verbrauch an den notwendigsten Lebensmitteln, die im Verhältnis zu den Gehältern eine weit größere Steigerung erfahren haben. Während der Angestellte in Vorkriegszeiten von seinem Einkommen außer seinem Nahrungsmittelverbrauch noch ein beträchtliches zurückerhalten konnte, ist ihm dies heute nicht nur nicht möglich, sondern er muß seinen Verbrauch noch ganz bedeutend einschränken, d. h. negativ ausgedrückt: der Angestellte (ebenso wie der Beamte, Arbeiter usw.) muß seinen Verbrauch im Verhältnis zur Friedenszeit um die Summe einschränken, um die er bei Vergleichung des Gehalts zur gleichen Menge des Aufwandes der Friedenszeit ärmer geworden ist. Sein Aufwand für notwendige Lebensmittel betrug, gemessen an der Friedensmenge:

im Frieden	1919	1920	1921
1343	4669	13 423	20 779

Der Angestellte konnte also im Frieden mit einem verhältnismäßig bescheidenen Gehalt auskommen und unter Umständen sogar sparen, während er im Jahre 1919 schon 772 aufzusparen oder um diese Summe seinen Verbrauch einschränken mußte. Diese Verarmungssumme betrug im Jahre 1920: 7 441 und jetzt 8 517.

Deutlicher vielleicht wird das Mißverhältnis zwischen Löhnen und Lebenshaltungskosten durch eine Darstellung des Haushaltsverbrauchs eines kaufmännischen Angestellten im Alter von 35 Jahren, verheiratet, mit 3 Kindern:

Die gesamten Haushaltsausgaben unter Berücksichtigung der Wohnungsmiete, Brenn- und Leuchtstoffe, sowie der Bekleidung und sonstigen Ausgaben betrug vor dem Kriege 175; sie betragen jetzt 2683 monatlich, d. h. die Steigerung des Aufwandes beträgt gegenüber dem Frieden 1541 Prozent. Die Ausgaben für Brenn- und Leuchtstoffe, Wohnung usw. für sich allein betrachtet, beliefen sich im Frieden auf 90 monatlich, während sie gegenwärtig 1025 betragen; das bedeutet eine Steigerung von 1135 Prozent.

Schließlich mögen noch zur Veranschaulichung die monatlichen Aufwendungen dieses Haushalts für einige besonders wichtige landwirtschaftliche Produkte hier wiedergegeben werden:

Lebensbedürfnisse (in Berlin)	Aufwendung dafür bei gleicher Lebenshaltung		Steigerung der Aufwendungen gegenüber 1913/14
	vor dem Kriege 1913/14	im Sept./Okt. 1921	
Brot	12,60 M.	164,70 M.	1204 Proz.
Roggenmehl	1,46	35,80	2352
Kartoffeln	8,50	153,00	1700
Gemüse	5,16	99,76	1833
Rind- u. Schweinefleisch (1:1)	4,50	165,00	3567
Butter	2,60	60,00	2208
Eier	7,20	21,00	2525
Vollmilch	7,20	114,00	1483

Die dieser Tabelle zugrunde gelegten Zahlen für die Lebenshaltungskosten sind seit Oktober ganz erheblich gestiegen. Das Mißverhältnis zwischen Gehältern und Haushaltskosten ist noch größer geworden, und es wird auch durch inzwischen erfolgte Lohnhörsungen nicht ausgeglichen. Ein Fortium wäre es anzunehmen, daß die höher bezahlten Kategorien

der Angestellten und Beamten wesentlich besser abschnitten. Auch hier läßt sich eine starke Senkung des Lebenshaltungsniveaus feststellen, die für die Zukunft nichts Gutes verspricht.

III.

Wie verhält es sich nun mit den Löhnen der Arbeiterschaft, von der vielfach angenommen wird, daß sie durch eine gleichende Anpassung an die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung der wachsenden Teuerung eher Herr zu werden vermöchte als die Angestellten und Beamten? Zuverlässig ermittelte Zahlen ergeben, daß auch hier die Räume nicht in den Himmel wachsen, daß auch die Arbeiterschaft unter der Teuerung schwer leidet und daß die Löhne nicht annähernd mit der fortgeschrittenen Teuerung der Lebensmittel und der sonstigen Bedarfsartikel Schritt gehalten haben. Eine vergleichende Übersicht über die Entwicklung der Löhne zweier verschiedener Berufsgruppen, und zwar der Buchdrucker und Holzarbeiter, veranschaulicht das Gesagte.

Buchdrucker (über 24 Jahre)	
in Berlin:	in Stuttgart:
am 1. 6. 1914 = 34,50 M.	32,50 M.
„ 1. 1. 1919 = 92,50 „	78,31 „
„ 1. 10. 1921 = 385, — „	355, — „
ab 15. 11. 1921 = 418, — „	390, — „

Buchdrucker-Hilfsarbeiter (ungelehrt)			
in Berlin:		in Stuttgart:	
männl.	weibl.	männl.	weibl.
am 1. 6. 1914 28, — M.	20, — M.	24, — M.	16, — M.
„ 1. 1. 1919 74,25 „	55, — „	50—55, — „	35, — „
„ 1. 11. 1921 356,85 „	254,45 „	301,75 „	195,25 „

Für Buchdrucker hatte die Arbeitswoche 1914 = 53 Std., 1919 und 1921 = 48 Std.

Holzarbeiter (ungelehrt)	
in Berlin:	in Stuttgart:
am 1. 6. 1914 = 26,50 M.	21,20 M.
„ 1. 1. 1919 = 61,80 „	57,50 „
„ 1. 11. 1921 = 347,30 „	276, — „

Für Holzarbeiter zählte die Arbeitswoche 1914 = 53 Stunden, 1919 und 1921 = 46 Stunden.

Diese Zahlen sprechen eine überzeugende Sprache. Sie tun dar, daß die Löhne trotz erfolgter Steigerungen nicht entfernt Schritt gehalten haben mit der fortgeschrittenen Teuerung. Eine enorme Herabsetzung der Lebenshaltung ist die Folge. Die deutsche Arbeiterschaft, die sich bereit erklärt hat, für ihren Teil zu den schweren Lasten der Reparationen durch intensive Arbeit beizutragen, ist sich bewußt, daß sie dabei Entbehrungen auf sich nehmen muß. Diese Bereitwilligkeit wird aber in ihrer praktischen Auswirkung durch Preissteigerungen, wie wir sie jetzt erleben, stark beeinträchtigt. Ausfälligkeiten, Skrawalle und Plünderungen, wie sie in der letzten Zeit vielfach aufgetreten sind, werden von der Arbeiterschaft aufs das entschiedenste verurteilt. Immerhin soll man die große politische Gefahr, die sich für die Ruhe und die Stetigkeit der Arbeit im Lande aus diesen Vorgängen ergibt, nicht gering einschätzen. Wer schwere Erschütterungen des ohnehin kranken Wirtschaftskörpers vermeiden will, wird seinerseits nicht dazu beitragen dürfen, daß durch ungerechtfertigte Preissteigerungen die Notlage breiter Volksschichten noch gesteigert werde. Der besonnene Teil der Landwirtschaft und des Handels wird, soweit es in seinen Kräften steht, alles daran setzen müssen, den Verteuerungssprozess nicht ins Unermessliche fortschreiten zu lassen. Er wird zu einer Preisgestaltung zurückkehren müssen, die im Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der durch Valutaverhältnisse ohnehin bedingten Teuerung mit den Löhnen und Gehaltsverhältnissen einigermaßen im Einklang steht. Wer aber die Preise in unbedachteter Weise steigert oder Lebensmittel aus spekulativen Gründen zurückhält, wird damit rechnen müssen, daß dieses Verfahren früher oder später Folgen zeitigen muß, die sich auch für diejenigen Personen fühlbar machen werden, die durch eine kurzfristige und eigenmächtige Preispolitik die Teuerung noch gefördert haben. Man sollte sich auch vor Augen halten, daß es nicht nur die Arbeiterschaft ist, die ihrer Empörung über unbegründete Preissteigerungen mit immer wachsender Schärfe Ausdruck gibt, sondern daß auch die Kreise des Mittelstandes mehr und mehr verproletarisieren und der politischen Radikalisierung verfallen.

Politische Neuigkeiten.

Eine Besprechung beim Reichskanzler.

Beim Reichskanzler fand am Dienstag mittag die angekündigte Besprechung der Vertreter der Koalitionsparteien des Reichstags statt. Die „Freie Bl.“ berichtet dazu: Außer den Führern der Sozialdemokraten und der Zentrumspartei war auch der Abgeordnete Dr. Koch von den Demokraten zu der Besprechung eingeladen. Das hat nicht zu bedeuten, daß etwa der Kanzler bereits versucht hätte, die Demokraten zum Eintritt in das Kabinett zu bewegen, wie da und dort angenommen worden zu sein scheint; die Hinzuziehung eines demokratischen Vertreters zu der Besprechung ergab sich lediglich aus der Tatsache, daß die demokratische Fraktion die Unterstützung der Politik des Reichskanzlers seinerzeit in Aussicht

gestellt hat, obwohl sie sich zur Entsendung von Vertretern in die Regierung nicht entschließen konnte. Im Laufe der Unterhaltung wurden die Fragen der Steuer- und Reparationspolitik nur ganz kurz erörtert. Der wesentliche Teil der Besprechung, die sich auf die Arbeiten der nächsten Woche und auf außenpolitische Fragen bezog, war streng vertraulich; Mitteilungen über Einzelheiten können daher noch nicht gemacht werden.

Der Reichstag wird aller Voraussicht nach erst am 13. Dezember wieder zu einer Sitzung zusammentreten. Da bis dahin die Steuererlasse von den Ausschüssen noch nicht zu Ende beraten sein werden, werden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung nur die Besprechung der volksparteilichen Interpellationen über die Vorgänge in der Pfalz, einige kleinere Vorlagen und die Berichte des Rechtsausschusses über die Frage der Amnestie usw. gestellt werden. — Der Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist, entgegen der Meldung eines Berliner Abendblattes, bis jetzt noch nicht einberufen worden.

Die Kreditaktion.

Wie der „Berl. Vol.-Anz.“ wissen will, soll sich die Reichsregierung an ein führendes englisches Bankunternehmen gewandt haben mit der Frage, ob das Unternehmen bereit sei, Deutschland einen Kredit von 25 Millionen Pfund Sterling zu bewilligen. Das Blatt bemerkt hierzu, daß dieser offizielle Schritt der Reichsregierung der sei, den der Reichszentralrat in seiner Rede auf dem Berliner Preisfest besprochen hatte.

Eine Rede des britischen Schatzkanzlers.

In einer Rede in Manchester über die finanzielle Lage behandelte der britische Schatzkanzler Sir Robert Horne eingehend die Frage der deutschen Reparationen und sagte, in Frankreich scheine eine gewisse Befürchtung zu bestehen über die Unterredungen, die er mit Rathenau gehabt habe. Man scheine unter den Alliierten Englands zu befürchten, daß hinter ihrem Rücken ein Abkommen getroffen werde. Sie scheinen der Ansicht zu sein, daß England gewissermaßen eine Tendenz zeigen könne, in solchen Unterredungen, an denen sie selbst keinen Anteil hätten, Deutschlands Angelegenheiten zu machen. Diese Haltung auf Seiten einiger der Alliierten beruhe vollkommen auf einem Mißverständnis. England werde natürlich kein Abkommen eingehen, ohne sich mit seinen Alliierten darüber zu beraten, und zwar nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit den anderen Alliierten. England erkenne, daß es heute von eben so großer Wichtigkeit sei als jemals, daß die Allianz so fest bleibe wie möglich. Nichts wäre im Augenblick für die Welt von größerem Schaden, als ein Bruch der Allianz. Es sei daher selbstverständlich, daß England nicht im Traum daran denken könne, ein Abkommen in irgend einer Weise ohne angemessene Beratung und Entscheidung abzuschließen, das seinen Freunden nachteilig sein könnte.

Horne fuhr fort: Die Personen, die England kritisieren, könnten jedoch nicht verkennen, daß sie während des letzten Jahres, als Loucheur mit Rathenau verhandelt habe, aus England zu keiner Zeit den geringsten Einwand dagegen vernommen hätten. Tatsächlich seien jene Erweiterungen sogar weiter gegangen, denn sie hatten ihren Ausgang in dem Wiesbadener Abkommen gefunden. Dieses Abkommen würde, wenn es in seinen Bedingungen durchgeführt würde, Frankreich gegenüber den anderen Alliierten bei Bezahlung der Reparationsprioritäten geben. Diese Frage liegt jedoch der Reparationskommission vor und daher wünsche er nichts darüber zu sagen. Er hege nicht den geringsten Zweifel, daß bei all diesen Fragen England in der Lage sein werde, mit seinen Alliierten unter Bedingungen der größten Freundschaft zu einem Einverständnis zu kommen.

Der Schatzkanzler erklärte weiter, soweit die deutschen Reparationszahlungen in Betracht kämen, habe England stets den Grundsatz verfolgt, sein Budget ohne Beantragung auf irgend etwas zu machen, was von Seiten Deutschlands kommen könnte. Wir wollen weiter bei diesem Grundsatz bleiben. Wenn Deutschland jedoch erkläre, daß es die Summen nicht bezahlen könne, die im Januar und Februar fällig wären, und es um Aufschub ersuche, so wäre das eine Aufgabe, die alle Alliierten gemeinsam erörtern und einstimmig beantworten müßten.

Der Zusammenbruch Deutschlands — sollte er unglücklicherweise durch irgend ein Akt von Seiten der Alliierten herbeigeführt werden — wäre ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern für Europa und die ganze Welt. Man leide heute hauptsächlich daran, daß in Europa so viele wach gewordene Länder seien. Österreich und Rußland, die Kunden Englands gewesen seien, seien nicht mehr in der Lage, die englischen Waren zu kaufen. Komme nun zu diesen Ländern ein gebrochenes Deutschland hinzu, so würde die Katastrophe für Europa unbeschreiblich sein. Es würde eine Katastrophe sein, die nicht nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, sondern auch vom politischen Standpunkte aus von ungeheurer Rückwirkung auf die Welt sein würde.

Horne sagte weiter, wenn man einen Druck auf Deutschland ausüben würde, so würde Deutschland vielleicht in der Lage sein, zu zahlen, vielleicht aber auch nicht, und dies sei die unmittelbare Frage, die untersucht werden müßte. Wenn jedoch Angelegenheiten gesucht werden sollten, so müßte man zunächst ein Ding in Betracht ziehen: Deutschland sage jetzt, es könne die geschuldeten Reparationen nicht bezahlen. Deutschland tue jedoch verschiedene Dinge, die gegen die Möglichkeit wirken, daß es seine Verpflichtungen erfülle. Es leiste Beihilfen für den Weizenpreis in Deutschland. Dies gehe auf Kosten des Steuerzahlers. Dies führe zu einem Fehlbetrag der Staatseinkünfte und dazu, daß die deutschen Industriellen Unternehmer in der Lage seien, ihre Arbeiter mit niedrigeren Löhnen zu bezahlen infolge der Weizenpreishilfe, die der Staat zahle. Auch in anderer Hinsicht subventioniere Deutschland den Unternehmer. Die Eisenbahnen würden vom Staate mit Verlust betrieben. Dies hätte einen neuen Verlust für den Staatshaushalt zur Folge und setze den deutschen Industriellen in die Lage, seine Waren billiger zu fördern zu können als dies der Fall sein müßte. Kohlen würden heute in Deutschland etwa für die Hälfte des Preises verkauft, der überall in der Welt dafür bezahlt werde. Dies sei eine andere Form von staatlicher Beihilfe und daher würden — während in Deutschland der Staat selbst Geld aus der Tasche der Steuerzahler zahlt — gewissermaßen Privatpersonen Beihilfen gewährt.

Wenn wir — so fuhr Horne fort — auf unseren gerechten Anspruch auf die deutschen Reparationen verzichten, selbst für einen gewissen Zeitraum — was wir meiner Ansicht nach nicht beschließen dürfen — aber gesetzt den Fall, daß es geschieht, so ist eines klar: Deutschland muß die Beihilfen aufgeben, um sich in die Lage zu setzen, seine rechtmäßigen Verpflichtungen den Alliierten gegenüber zu erfüllen, bei denen es Schulden habe. Deutschland könne auch durch die Steuererlässe seine Ausgaben decken. Innerhalb eines festzusetzenden Zeitraumes müsse Deutschland auch die Ausgabe von Papiergeld einstellen, um sein Defizit auszugleichen. Bezüglich des Vorschlages, daß Großbritannien ebenso wie Frank-

reich, einen Teil seiner Schulden durch Bezahlung in Waren erhalten solle, erklärt Horne, daß die Bezahlung in Waren an Frankreich mit den verwüsteten Gebieten zusammenhänge. Zum größten Teil würden die Dinge, die Deutschland England liefern könne, gerade in England selbst hergestellt. Das Programm sei daher nicht so leicht, wie es von mancher Seite dargestellt werde, obgleich er nicht sagen wolle, daß es unmöglich sei, irgend eine Art von Plan aufzustellen, durch den England in dieser Richtung einige Ergebnisse erzielen könne.

Die „Times“ berichtet, daß der Finanzausschuß des Kabinetts weiterhin die Frage der deutschen Reparation erwäge. Die dringende Frage sei nicht, ob die Januar- oder Februarrate bezahlt werde oder nicht, sondern, wie die zukünftige finanzielle Lage Deutschlands sein werde, da es immer deutlicher werde, daß, wenn keine Ordnung in den augenblicklichen chaotischen Zustand der deutschen Finanzen gebracht werde, weitere Reparationen äußerst problematisch seien. Man sei der Ansicht, daß der Moratoriumsgebauke immer mehr begünstigt werde. Das Bestehen Poincarés auf Garantien werde, wie man glaube, kein Hindernis für die Gewährung eines Moratoriums bilden, da niemand der Ansicht sei, daß die kritische Regierung einem bedingungslosen Moratorium zustimmen werde. Rathenau setze inzwischen seine Beratungen fort. Der Zeitpunkt seiner Abreise sei noch nicht festgesetzt; möglicherweise werde er jedoch morgen nach Deutschland abfahren.

Kosten der interalliierten Kommissionen.

In einigen Blättern ist dieser Tage eine Notiz über die Kosten der Interalliierten Kommissionen erschienen, die irrtümliche Angaben enthält. Die Gesamtkosten der Kommissionen in ganz Deutschland sind, laut „Germania“, weit höher, die dort genannten Zahlen können sich nur auf Berlin allein beziehen. Die Gesamtkosten der Kommissionen, abgesehen von den weiter unten aufgeführten Kosten, betragen für den Monat Oktober 23 457 641,63 Mark. Sie verteilen sich u. a. wie folgt:

Berlin:	1 250 330,50 M.
Dreslau:	248 341,75 M.
Kassel:	11 645,— M.
Koblenz:	121 960,75 M.
Dresden:	204 546,61 M.
Düsseldorf:	209 588,— M.
Kiel:	157 627,33 M.
München:	401 003,99 M.
Stettin:	215 543,60 M.
Stuttgart:	245 148,20 M.
kleinere Städte:	291 603,99 M.

Es fehlen noch die Zusammenstellungen für Königsberg i. Pr. und für Bremen. Die übrigen Kosten umfassen Kosten für Unterbringung der Offiziere, Kosten für Unterbringung von Mannschaften, Kosten für Instandhaltung von Kraftwagen, Kosten für Geschäftszimmer, Kosten für das deutsche Personal, Kosten allgemein sächlicher Natur, Kosten für Heizung und Beleuchtung, Kosten für sanitäre Zwecke und Kosten anderer Art, die unter den vorstehenden nicht unterzubringen sind. Die Kosten für die Gehälter der Mitglieder der Kontrollkommission sind in der obigen Aufstellung nicht inbegriffen.

Die Abrüstung Frankreichs.

Der französische Ministerpräsident Briand hat in Washington u. a. die Behauptung aufgestellt, daß Frankreich eine Verminderung seiner Armees schon vorgenommen habe. Gegenüber dieser Behauptung des Herrn Briand sollen die Tatsachen sprechen. Nach eigenen französischen Angaben verfügte Frankreich über

	1914	1921
Infanteriedivisionen	48	60
Bataillone	745	300
Batterien	858	1031
Geschütze nur in der Front	3432	4124
Geschütze bei der Truppe	160	1250
Flugzeuge und Reserve an Flugzeugen	—	4—5000
Tanks	—	3000

Die deutsche Reichswehr besteht aus 7 Infanteriedivisionen, 63 Bataillonen, 72 Batterien mit 297 Geschützen. (B. B.)

Die Neuregelung der Ausfuhrverbote.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht mehrere Bekanntmachungen des Reichswirtschaftsministers über die Neuregelung der Ausfuhrverbote. Die Bekanntmachungen bringen eine wesentliche Erweiterung der bestehenden Ausfuhrverbote zu dem Zwecke, eine wirksame Preiskontrolle und eine bessere Erfassung von Exportsubsidien zu ermöglichen und dadurch die bisher gegen den Ausverkauf getroffenen Maßnahmen zu ergänzen. Unter Aufrechterhaltung des bereits bestehenden Ausfuhrverbots zu dem ersten Abschnitt des Zolltarifs ist jetzt grundsätzlich die Ausfuhr sämtlicher Waren des 2. bis 19. Abschnitts des Zolltarifs ohne Bewilligung des Reichskommissariats für Aus- und Einfuhrbewilligungen oder der sonst zuständigen Stellen verboten. § 3 der Bekanntmachungen enthält eine Aufzählung der Waren, die ein Verzeichnis von Waren, die auch ohne besondere Bewilligung zur Ausfuhr zugelassen sind. Die Liste umfaßt aus dem 2. Abschnitt des Zolltarifs u. a. Getreide und rohes Erdwachs, aus dem 3. Abschnitt gereinigtes Erdwachs, Feinseife, aus dem 4. Abschnitt Rohseide, Spinnstoffe und Spitzenpapiere, Schafwolle, Tierhaare, künstliche Blumen, Papiergarne, aus dem 10. Abschnitt edle Perlen, Filz, aus dem 12. Abschnitt Zeitungen und Zeitschriften, Gemälde, aus dem 13. Abschnitt bearbeitete Gesteine, aus dem 17. Abschnitt Buchdruckerarbeiten, aus dem 18. Abschnitt Lokomotiven und Ersatzteile, Eisenbahnwagen, aus dem 19. Abschnitt Musikinstrumente verschiedener Art, Kinder-spielzeug.

Die Bekanntmachungen treten mit dem 15. Dezember in Kraft. Für die Übergangszeit ist als Erleichterung vorgesehen, daß diejenigen Waren, die durch die Bekanntmachungen neu unter Verbot gestellt werden, auch nach dem 15. Dezember ohne Ausfuhrbewilligung über die Grenze zu lassen sind, sofern sie vor dem 15. Dezember zur Verschönerung nach dem Auslande aufgegeben worden sind. — In einer weiteren Bekanntmachung sind Übergangsbestimmungen für die Erhebung der Ausfuhrabgabe bei den neu unter Verbot gestellten Waren enthalten. Es sind darin Fristen für die vor der Veröffentlichung der neuen Ausfuhrverbote abgeschlossenen Geschäfte gewährt. Aus der Neuregelung der Ausfuhrverbote ergibt sich die durch eine weitere Bekanntmachung veranlaßte Aufhebung der vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen der Zollstellen in diesem Jahre erteilten Ermächtigung die Ausfuhr gewichtiger Waren ohne Ausfuhrbewilligung zuzulassen. Nicht berührt werden durch die Neuregelung die Bekanntmachungen, die Sonderregelungen allgemeiner Art enthalten, z. B. die Bekanntmachungen über Ausfuhrerleichterung vom 15. April 1921 und über die Ein- und Ausfuhr von Waren im Lagerverkehr vom 21. Oktober 1921.

Gegen wilde Streiks.

Die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen großen Gewerkschaftsorganisationen haben, wie aus einer Mitteilung der „Noten-Zahne“ hervorgeht, über ein gemeinsames Vorgehen bei wilden Streiks Vereinbarungen getroffen, die durch Rundschreiben den gewerkschaftlichen Ortsvorständen mitgeteilt worden sind. Das Rundschreiben weist darauf hin, daß die wilden Streiks geeignet sind, das Ansehen und die Stokkraft der Gewerkschaften erheblich zu schwächen, daß sie das deutsche Wirtschaftsleben in unverantwortlicher Weise schädigen, ohne den fast immer disziplinos Streikenden den erhofften Erfolg zu bringen. Zur Abwehr wilder Streiks stellen die Vereinbarungen Richtlinien für die beteiligten Gewerkschaften auf.

Danach soll die Arbeitsniederlegung nur als letztes und äußerstes Mittel in Betracht kommen, wenn vorher alle Möglichkeiten, auf friedlichem Wege den gewünschten Zweck zu erreichen, erschöpft sind. Vor der Arbeitsniederlegung muß unter den beteiligten Arbeitern eine geheime Abstimmung stattfinden, und der Streik gilt nur dann als beschlossen, wenn sich mindestens drei Viertel der in Frage kommenden Mitglieder dafür erklärt haben. Alle Streiks, die nicht nach den erwähnten Richtlinien eingeleitet worden sind, haben als wilde Streiks zu gelten und dürfen von keiner Gewerkschaft unterstützt werden. Bei Ausbruch wilder Streiks sollen die in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Orts- und Bezirksvereinigungen zu gemeinsamer Beratung zusammentreten und vereinbaren, daß der Streik möglichst rasch und möglichst vorteilhaft für die Arbeitnehmer zu einem guten Ende gebracht wird, wobei ein agitatorische Gesichtspunkte zurückgestellt werden sollen. Den gewerkschaftlich disziplinierten Arbeitnehmern wird im Falle eines wilden Streiks die Verpflichtung auferlegt, getreu der Organisationsparole die Arbeit nicht niedezulegen. Hat die Arbeitsniederlegung gegen den Willen der Organisationen bereits stattgefunden, so haben die örtlichen Führer darauf hinzuwirken, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Die Besteuerung der Anzeigen-Expeditionen.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Wenn ein Betrieb von einem durchschnittlichen Reingewinn von 1,4 Prozent eine Umsatzsteuer von 1,5 Prozent zahlen muß, so ist seine Existenzmöglichkeit ohne weiteres in Frage gestellt; denn nur bei gutem Geschäftsgange ist es möglich, daß ein entsprechend höherer Reingewinn erzielt wird, der den Betrieb vor dem Zusammenbruch bewahrt.

So liegt es aber nicht nur bei einem Betrieb, sondern bei einer ganzen Betriebsgruppe, nämlich den Anzeigen-Expeditionen. Diese Anzeigenvermittlungsfirmen erhalten für die gesammelte Zuführung der Anzeigen und für die Übernahme der Zahlungsabfertigung (Del credere) eine Vermittlungsgebühr von den Zeitungs- und Zeitschriftenverlegern. Das Geschäft zwischen dem anzeigenden Publikum und der Anzeigenvermittlungsfirma wird dagegen von letzterer unentgeltlich ausgeführt. Sie berechnet den Inferenten nur die Originalpreise der Zeitungen, d. h. genau die Preise, die die Zeitungen den Inferenten auch im direkten Verkehr berechnen würden. Wenn eine Anzeigenvermittlungsfirma die Umsatzsteuer dem anzeigenden Publikum gefordert berechnen würde, so wäre ihre Existenzmöglichkeit vernichtet. Eine Abwälzung der Umsatzsteuer auf die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger ist ebenfalls unmöglich, weil diese auch ihrerseits eine erhöhte Umsatzsteuer in Form der Inferentensteuer zu bezahlen haben, so daß sie nicht in der Lage sind, außer dieser bis zu 10 Prozent gehenden Steuer auch noch die Umsatzsteuer der Anzeigenvermittlungsfirma zu tragen. Unter diesen Umständen würden die Anzeigenvermittlungsfirmen, eine volkswirtschaftlich wertvolle Betriebsgruppe erdroffelt werden.

Abhilfe für diese bedrohte Betriebsgruppe könnte nur dadurch geschaffen werden, daß der Steueranspruch des Reichs-lages bei der Beratung einer Umsatzsteuer-Novelle das Anzeigenvermittlungsgeschäft der Umsatzsteuer nur von der Vermittlungsgebühr zu ziehen haben, die die Wein- und Hopfenkommissionäre, denen durch einen Billigkeitserlaß des Reichsfinanzministers die Umsatzsteuerberechnung lediglich nach der Proportion zuerkant worden ist.

Offenkundig erkennen die sich mit dem Umsatzsteuergesetz befaßenden Reichstagsabgeordneten, daß die Anzeigenvermittlungsgeschäfte sich in mindestens ebenso schlechter und bedrohlicher Lage wie die Wein- und Hopfenkommissionäre befinden und nicht durch ungedeckte Steuern erdroffelt werden dürfen.

Englisch-irische Einigung.

Aus London wird berichtet: Die letzten Verhandlungen in der irischen Frage wurden von Lloyd George, Chamberlain Lord Birkenhead und Churchill auf Seiten der Regierung, von Collins und Barton auf Seiten der Sinnfeiner geführt. Die Bestimmungen des erzielten Abkommens werden den beiden Parlamenten zur Annahme empfohlen werden. Der Vordränger gibt die Einzelheiten des erzielten Abkommens bekannt. Die Regelung ist hauptsächlich folgende:

Mit einem einzigen Vorbehalt wird Irland in die gleiche Lage versetzt wie Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika. Es wird den Namen „Irischer Freistaat“ erhalten, und Südirland ist dann im eigenen Hause. Man wird den Versuch in sehr weitestgehender Weise auf der gleichen Grundlage machen, wie sie in Südafrika mit Erfolg angewandt wurde. Die Vertreter Sinnfeins sind bereit, dem irischen Parlament die Vertreter Sinnfeins sind bereit, dem irischen Parlament zu empfehlen, daß der neugebildete irische Freistaat nicht einen Vertrag mit dem britischen Reich abschließt, sondern in das britische Reich eintritt. Die Treue des irischen Freistaates zur britischen Reichsgemeinschaft und zu König Georg wird klar und unzweideutig ausgesprochen und in seiner Verfassung erklärt. In Finanzfragen hat das irische Parlament die Führung. Irland übernimmt einen angemessenen Teil der nationalen Schulden und der Kriegsausgaben. Der Betrag wird durch Friedensrichter festgesetzt. Wenn Ulster innerhalb eines Monats nach Annahme des Gesetzes entschlossen ist, seine bisherige Nothmacht beizubehalten, so kann es diese behalten. Wenn Ulster sich entschließen sollte, die Vertretung im britischen Unterhause zu behalten, so wird es berechtigt sein, diese Stellung weiterhin einzunehmen und dabei geschützt werden. Diese Bedingungen werden den beiden Häusern des britischen Parlaments im neuen Jahre unterbreitet werden. Wenn diese nicht zustimmen, so wird das englische Volk bald Gelegenheit zur Entscheidung haben.

Das Kabinett trat gestern vormittag zusammen und billigte einstimmig den Entwurf des Abkommens, das mit den Vertretern Sinnfeins abgeschlossen worden ist. Es beglückwünschte Lloyd George und die Mitglieder der Delegation zum Erfolg ihrer Anstrengungen. Den Blättern zufolge verlautet, daß der früheste Zeitpunkt, an dem das Parlament zusammentreten kann, der 10. Januar ist.

... wird das Parlament so schnell wie möglich berufen werden. Dies steht mit der Ratifikation des inwärtigen Abkommens im Zusammenhang. Lloyd George hat wegen der derzeitigen Einberufung des Parlaments sich gegen seinen Willen gezwungen gesehen, seine Absicht, der Washingtoner Konferenz beizuwohnen, aufzugeben.

Kurze polit. Nachrichten.

*** Verabreichung des Staatssekretärs Lewald in Obereschlesien.** Wie jetzt bekannt wird, ist der stellvertretende Bevollmächtigte der deutschen Regierung, Staatssekretär Lewald, während seines Aufenthaltes in Kattowitz das Opfer eines eigenartigen Raubes geworden. Während Staatssekretär Lewald an einer Sitzung des deutschen Ausschusses teilnahm, wurde der vor dem Hotel „Goldener Stern“ stehende Kraftwagen des Staatssekretärs, der verschlossen und verriegelt war, gewaltsam erbrochen. Die Räuber verschwanden unter Mitnahme der Handtasche, während sie das übrige Gepäck des Staatssekretärs und seines Begleiters, des Ministerialdirektors Göppert, unberührt ließen. Die Polizei wurde sofort von dem Vorfall verständigt. Die eigenartigen Umstände, unter denen der Raub geschah, lassen keinen Zweifel darüber, daß es die Räuber auf amtliches Material abgesehen hatten. Sie dürften in dieser Beziehung jedoch eine große Enttäuschung erlebt haben, da die entwendete Handtasche keinerlei Akten und amtliche Schriftstücke enthielt.

*** Die deutschen Viehlieferungen.** Auf eine Anfrage eines französischen Abgeordneten erklärte Loucheur, daß Deutschland bis zum 1. November an Frankreich 71 545 Rinder, 53 821 Pferde und 145 713 Schafe u. Ziegen auf Grund des Verfallens Vertrags geliefert hat.

*** Ausbreitungen in Düsseldorf.** Nachdem am Freitag der Streik in der Düsseldorf Metallindustrie beendet war, drangen größere Trupps, unter denen sich auch Russen und Polen befanden, in verschiedene Betriebe gewaltsam ein, um in einigen Fällen die Feuer unter den Kesseln herauszureißen, in anderen Fällen die Kabel und Wasserleitungen zu unterbrechen. Durch diese Ausbreitungen wurden mehrere größere Werte Mißgelegt. Das Vorgehen der Friedensstörer wird von den Arbeitern scharf verurteilt. Die Arbeiterschaft erklärte sich bereit, in Zukunft derartige Mißhandlungen durch Selbsthilfe unmöglich zu machen.

*** Bolschewistische Mache.** Nach der Chartower „Iswestija“, dem ukrainischen Regierungsblatt, wurden am 6. November 216 ukrainische Geiseln erschossen. Sie waren von den bolschewistischen Truppen auf dem Rückzug mitgenommen worden. Ihre Erschießung erfolgte aus Vergeltung für die Hinrichtung einer Reihe von Sowjetbeamten durch die ukrainischen Aufständischen.

Badische Uebersicht.

Schiedspruch für die Textilindustrie.

Der unter dem Vorsitz des Professors Koeninger hier versammelte Schlichtungsausschuß der von den Textilindustriellen angeregt worden war, hat am vergangenen Samstag einen Schiedspruch mit folgenden Sätzen gefällt, den beide Parteien bis zum 12. Dezember annehmen müssen. Männliche Arbeiter über 14 Jahre erhalten ab 1. Dezember 2,30 M. Stundenlohn, ab 18. Dezember 2,40 M. und ab 31. Dezember 2,55 M. Stundenlohn; über 15 Jahre 2,60 M., 2,70 M. und 2,85 M. Stundenlohn; männliche Arbeiter über 25 Jahre erhalten zu den gleichen Terminen 7,50 M., 7,80 M. und 8,26 M. Stundenlohn. Die Arbeiterinnen erhalten im allgemeinen in den Klassen der Jugendlichen 0,20 M. weniger und in den älteren Klassen ungefähr 3 M. pro Stunde weniger. — Am vergangenen Sonntag hat auch in Offenburg eine Landeskonferenz der Arbeitnehmer stattgefunden, an der 200 Delegierte aus den Betrieben des ganzen Landes teilgenommen haben.

Die Talsperre am Kirnberg.

DZ. Am vergangenen Sonntag fand die Grundsteinlegung zur Bräunlinger Talsperre am Kirnberg statt. Die Gemeinde Bräunlingen hatte in ihrer Bürgerausschuss-Sitzung vom 30. Juli 1921 aus laufenden Wirtschaftsmitteln 4,2 Millionen Mark dafür bewilligt. Es wird bei der Ruine Kirnberg der Brandbach durch ein Stauwerk abgesperrt werden, so daß eine Fläche von 230 000 Quadratmeter mit 1 250 000 Kubikmeter Wasser überflutet wird. Die Sperremauer hat einen Rauminhalt von circa 4500 Kubikmeter. Das aufgestaute Wasser wird durch eine 2800 Meter lange Leitung im Talgefälle des Brandbaches

Landestheater.

1. Literarische Abendfeier.

Am Montag fand im Landestheater vor leider nicht voll besetztem Hause die 1. der angekündigten literarischen Abendfeiern (vornehmlich zu Ehren von Hans Sachs), betitelt „Deutsches Mittelalter“ (Mit-Kirnberg), statt. Wohl niemand, der mit Spannung den Darbietungen entgegen sah, die uns im Geiste in Hans Sachsens, des Nürnberger poetischen Schuhmachers und Meistersingers, Zeiten zurückzuführen sollten, war in seinen Erwartungen getäuscht worden, die er auf diesen vielversprechenden Abend gesetzt hatte. Schon die Besetzung der einzelnen Rollen verbürgte einen guten, künstlerisch-stillen Verlauf der Feier, die einen aufnahmewilligen Zuhörerkreis fand.

Nur kurz möge der Inhalt der Aufführung, in der sämtliche Mitwirkende Treffliches boten, skizziert werden: 13 Bilder, auf drei Hauptgruppen verteilt. Am Vormittag, „Am Nachmittag“, „Am Abend“, verteilt, waren zu je zwei Personen zusammengefaßt, der verbindende Dialog stammte von Herrn Nienscherf. Nur zwischen den einzelnen Gruppen fiel kurz der Vorhang. Die Szenen zeigten einen Platz Alt-Kirnbergs, eine Schenke, Häuser, im Hintergrund die Stadtmauer. — Auf Bild 1: „Ein Lobspruch der Stadt Kirnberg“ (H. v. d. Trent-Alrici) von Hans Sachs folgte seine Scharweise „Salve, ich gehe dich“ (aus dem Tagebuch des Adam Rüdman 1556), gesungen von Herrn Malh-Motta, die von Herrn Höder vorgelegenen „Lagen über die schlechten Zeiten“ (aus Förster's: „Auszug guter, alter, teutscher Liedlein“, 1539), mieteten fast ebenso zeitgemäß an wie die „Lage dreier Frauen über ihr Hausmännchen“ (M. Frauendorfer, M. Genter, M. Big.) Hans Sachs schloß hier zugleich die Reden und Arien der Hausfrauen unserer Zeit. Nicht vergessen sei die „Wärde der Schreiber“ (aus Rotenbuchs' Vergnügen Nürnberg 1551), vorgelesen durch Herrn M. F. S. dessen anmutige Erscheinung, klare Aussprache und Beweglich-

zum Kraftwerk geführt, wo 3 Turbinen durchschnittlich 1 Millionen Kilowattstunden erzeugen werden. Die durch den Frost zurzeit unterbrochenen Arbeiten sollen im Frühjahr wieder aufgenommen werden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 71 des Badischen Gesetz- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Ministeriums des Innern: die Schlachtvieh- und Fleischschau; der Vollzug des Viehseuchengesetzes; die Arzneitaxe; über die Beschränkung des Kleinhandelsverkaufs im Bräutertopf Weh.

Eisenbahnverkehr.

Am Samstag den 24. Dezember werden die Güterhallen und Güterfähren im Eisenbahn-Generaldirektionsbezirk Karlsruhe um 2 Stunden früher geschlossen. Für Stationen auf schweizerischem Gebiet finden die schweizerischen Bestimmungen Anwendung.

Mannheim, 6. Dez. Bei der Pfälzischen Bank sind, laut „Frl. Blg.“, durch verbotene Devisenspekulationen eines stellvertretenden Direktors der Rändener Filiale Verluste von insgesamt 340 Millionen Mark entstanden. Durch eine Siftaktion der Rheinischen Creditbank und der Deutschen Bank ist dafür Sorge getragen, daß die Gläubiger des Instituts keine Verluste erleiden. Die Pfälzische Bank selber hört auf zu existieren; ihre Geschäfte und ihre Niederlassungen werden auf die obengenannten beiden Banken übergeleitet.

ZD. Offenburg, 8. Dez. Der Zimmermann Erhard Jand von Schwemlingen ist vom Schöffengericht Offenburg wegen fahrlässiger Anschlägung und wegen Betrugsverdachts zu 1 Jahr Gefängnis und zu zweijähriger Ehrverlust verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein, worauf die Ehrenstrafe auf die Dauer von 5 Jahren erhöht wurde. Die Berufung des Angeklagten wurde zurückgewiesen. Am 15. August 1920 ist bekanntlich am Trüberger Wasserfall der Baubeamte Grünwald ermordet worden. Die Hilfsarbeiter Gerlein und Jand, die damals als Landstreicher in jener Gegend aufkamen, saßen unter dem Verdacht der Täterschaft einige Zeit im Trüberger Amtsgefängnis in Untersuchung. Nach ihrer Entlassung schrieb Jand, lediglich um sich die ausgelegte Belohnung zu verschaffen, dem Offenburg Staatsanwaltschaft einen Brief, worin er angab, Gerlein habe ihm gegenüber den Mord zugestanden. Dieser aber bestritt dies in der entscheidenden Weise. Es wurden dann hinterher bekanntlich auch zwei andere Personen der Tat überführt.

DZ. Freiburg, 5. Dez. Im großen Saal des Musikwissenschaftlichen Instituts der hiesigen Universität fand vor geladenen Gästen der gesamte Dozentenrat und einem großen Kreis von Sachverständigen aus ganz Deutschland und der Schweiz, die Einweihung der von dem Orgelbauer G. Walder gebauten Präzisionsorgel statt, die dieser nach jahrelanger Arbeit mit dem Professor Dr. W. Gurliitt-Freiburg errichtet hat. Die Vorführung hatte der erste deutsche Organist, Professor Karl Straube, übernommen. Professor Dr. de la Camp begrüßte die Erscheinung, worauf Professor Dr. Sütterlin, der Dean der philosophischen Fakultät, der wissenschaftlichen Bedeutung der Stiftung gedachte. Er teilte mit, daß die philosophische Fakultät den Erbauer der Orgel zum Ehrenbürger ernannt habe, das Diplom wurde ihm überreicht. Professor Dr. Gurliitt sprach über den Charakter des von dem Orgelbau wesentl. abweichenden Instrumentes. Auch in weiteren Ansprachen wurde dieser schöne Beweis für den Kontakt deutscher Kunst, Wissenschaft und Technik, gefeiert.

DZ. Singen, 6. Dez. Die Bautätigkeit ist hier zurzeit außerordentlich reg. Zu der Bodwüststraße sind zurzeit nicht weniger als 3 Neubauten erteilt worden.

DZ. Singen a. S., 3. Dez. Ein ganzes Wohnhaus ist hier aus seiner bisherigen Stellung gehoben und einer anderen Straße eingereiht worden. Die Arbeit ist noch nicht ganz zu Ende. Sie dürfte etwa 14 Tage in Anspruch nehmen. Das abtransportierte Haus, ein Holzhaus, stand neben den Aluminiumwerken und mußte, da dieses bauliche Erweiterungen vornahm, entfernt werden. In der Umgebung des Waldbühles hat es nun seinen Platz.

Aus der Landeshauptstadt.

Konferenz der Mietervereine. Die Mieter- und Untermietervereine Karlsruhe hatte am letzten Sonntag vormittag nach Karlsruhe eine Konferenz der Mietervereine des Bezirks Karlsruhe einberufen. Der Zweck der Konferenz war der Zusammenschluß der Mietervereine zu einer Bezirksorganisation. Dem Rufe waren die Mietervereine Durlach, Gröningen, Bruchsal, Forstheim, Ettlingen, Rotenfels, Gaggenau, Baden-Baden gefolgt. Mastatt entschuldigte sich, ist

gewandtes Spiel den Genuß des Abends erhöhte. — Den 2. Teil eröffnete ein Liebesgespräch, aus der Sammlung Pauli v. d. Kalk, genannt „Sommerreue“ (Hansi Kasse, Ludwig Unger), sehr kurz und maßvoll und doch bezaubernd. In das folgende Bild: „Alter Reigen um das erste Weibchen“ (15. Jahrh.), in schlichtester Weise gesungen und getanzt von 4 Paaren, schloß sich das — auch auf der Bühne — himmlische Heiterkeit erweckende, durchaus nicht mehr zeitgemäße „Bitternüsschen“ (gedruckt zu Nürnberg durch Valentin Neuber circa 1550—1570) an, das Herr C n d e i n, der sich schon kurz zuvor mit einem Lieblein „Der Schwarzhals“ (aus Förster's „Frische Liedlein“, 1549) hatte hören lassen, mit Humor und Lebendigkeit vorzutragen wußte. Dem Scherz folgte alsbald ein gelahrter Streit aus dem Fränkischen (15. Jahrh.), genannt „Vom Wasser und vom Wein“. Herr May-Rotta (Weinsinger) und Herr Paul Müller (Wassersinger), waren die Disputanten, die Herr Herr, der Wirt, durch Mischung von Wasser und Wein vergebens zu versöhnen suchte. Das 11. Bild, „Ein Tischguch“ (Herr Gemmede) bildete den Abschluß des 2. Teiles. Große Heiterkeit erregten die in diesen Tischregeln von Hans Sachs mit treuerherzig-kindlichem Humor gegebenen Vorschriften über Anstand und Benehmen bei der Mahlzeit.

Das vorletzte Bild „Fraw Wahrheit“ will niemand herbergen“ (ein Fastnachtspiel mit drei Personen von Hans Sachs), sollte in symbolischer, sinnfälliger Weise die Tatsache betonen, daß von keinem Menschen die „Fraw Wahrheit“ freiwillig und gern aufgenommen und „beherbergt“ ist, sobald sie sich unterfängt, ihn zu tadeln oder gar ihm „die Wahrheit“ zu sagen“. Auch diesmal ging es der „Fraw Wahrheit“ (Abele Creunach) nicht besser, als sie bei einem alten Paar, dem „paw“ (M. Müller) und der „pawin“ (Eise Noortmann) um Herberge bat.

Den Abschluß fand die wohlgeleitete Vorstellung mit dem von Herrn Schneider gesungenen „Nachtwächterruf“, der äußerst stimmungsvoll und heimlich wirkte. — Der musikalischen Begleitung der einzelnen Bilder und ihrer Leitung durch Herrn Hans Koller gebührt ebenfalls ein dankbares Lob.

aber mit dem Zusammenschluß einverstanden. Herr Kiese Karlsruhe hielt ein einleitendes Referat, woran sich eine regale Diskussion angeschlossen, an welcher sich die Vertreter von Forstheim, Durlach, Gröningen und Bruchsal beteiligten. Die Konferenz beschloß die Vereinigung zu einem Bezirksverein und bestimmte Karlsruhe als Vorort. Es wurde weiter beschlossen, die Mieter aufzufordern, jede Unterschrift gegenüber dem Grund- und Hausbesitz zu verweigern. Ende Januar soll eine weitere Konferenz stattfinden.

Badische Gemeindefchau.

DZ. Mannheim, 3. Dez. In der Stadtratsitzung wurde beschlossen, für das Rechnungsjahr 1921 eine weitere Gemeindefsteuer von 63 Pf. auf je 100 M. Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens zu erheben. Die Steuer ist am 1. März 1922 fällig.

DZ. Mosbach, 6. Dez. In der letzten Bürgerausschuss-Sitzung wurde die Vorlage betreffend den Verkauf der Diamantkleiderei an die Firma Ginsberg in Hanau für den Preis von 200 000 M. angenommen. Die Verkaufssumme soll als Grundstock zu einer städtischen Badeanstalt dienen.

DZ. Offenburg, 6. Dez. Der Stadtrat rechnet im Voranschlag für 1921 im laufenden Rechnungsjahr mit einem ungedeckten Aufwand von 4 567 660 M. Die Einnahmen sind mit 7 681 800 M., die Ausgaben mit 12 249 460 M. angesetzt. Auf die fortgeführten Ausgaben des Liegenschafts- und Betriebsvermögens würde sich ein Umlagefuß von 5,50 M. ergeben. Der Stadtrat beantragt beim Bürgerausschuß, daß dieser zu folgenden Umlagesätzen seine Genehmigung erteile: 3,50 M. für 100 M. Steuerwert von Gebäuden und vom gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebsvermögen. — 5,25 M. für 100 M. Steuerwert von einzelnen geschätzten Grundstücken, — 7 M. für 100 M. Steuerwert von klassifizierten und diesen gleich zu behandelnden Grundstücken, von einzelnen geschätzten Hofplätzen und Wald.

DZ. Furthwangen, 6. Dez. In der letzten Bürgerausschuss-Sitzung wurde unter anderem auch über die Feststellung des Voranschlags der Stadtkasse, der Gewerbe- und Handelsschul-lasse, der Krankenkasse, der Volksküchenkasse, sowie über die Umlage für das Rechnungsjahr 1921/22 beraten. — Der Aufwand für Wohnungsbau beträgt 1 700 000 M., der Voranschlag für die Bantien ist überschritten. — Der Schuldenstand beträgt 1 637 000 M., gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Vermehrung von 135 000 M. Die Einnahmen sind in diesem Jahr ziemlich gleich geblieben wie im Vorjahr, die Ausgaben freilich um 1 1/2 Millionen gestiegen. Der Antrag, den ungedeckten Aufwand mit 659 665 M. aufzubringen und die Vorschläge zu bewilligen, wurde mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Von den Hofplätzen und dem Wald müßten 6 M. pro 100 M. Steuerwert erhoben werden.

DZ. Aus dem Biesental, 6. Dez. Daß es bei der Finanznot der Länder und Städte auch noch glückliche Gemeinden gibt, davon haben wir auf unseren Höhen einige beneidenswerte Beispiele, auf Grund des Holzreichtums der Gemeinden. Neben Gersbach zählt auch Neuenweg zu den glücklichen. Dort erhält jeder Bürger außer der Befreiung von jeder Umlage ein großes Quantum Holz und im letzten Jahre noch über 100 M. Bargeld dazu. Dieser Tage hielt diese Gemeinde wieder eine Stammbolzverteilerung ab und erlöste für 400 Bestmeter à 1000 M. den Betrag von 400 000 M. — Zur Ehrung der Gefallenen soll von Seiten der Gemeinde auf dem Friedhof ein würdiges Denkmal errichtet werden.

Literarische Neuerscheinungen.

Wunder in uns. Ein Buch vom menschlichen Körper für jedermann. Unter Mitarbeit von Dr. Herrn Decker, Dr. Fritz Kahn, Dr. M. Koelsch, Prof. Dr. C. S. Schleich. Herausgegeben von Hanns Günther. 384 S. mit zahlreichen Abbildungen im Text und 16 Kunstdrucktafeln, in Galbleinen 50 M. (Rafner u. Cie., Verlag, Zürich.) Ein Buch von uns selbst, das uns den innern Bau und die Tätigkeit unseres Körpers erschließen will. Dinge und Vorgänge, die für vielzweifel noch unbekannte Wunder sind! Und zwar ein Buch, das nicht in der Sprache der Lehrbücher und Leit-fäden geschrieben ist, vielmehr feffend, unterhaltend, geistreich, jedem verständlich und trotzdem bis zu den neuesten wissenschaftlichen Auffassungen und Entdeckungen führend. Dazu reich illustriert und auch in den Bildern zum Teil ganz neue Wege gehend. Wir empfehlen es aufs nachdrücklichste. Es ist eines der vorzüglichsten und interessantesten Bücher, die in letzter Zeit erschienen sind.

Verschiedenes.

Schweres Explosionsunglück im Saargebiet.

Am Dienstag vormittag gegen 12 Uhr erfolgte in der Saarwälinger Dynamitfabrik, vormals Alfred Nobel u. Co., eine schwere Explosion eines Döbehalters. Eine Anzahl Leichtverletzte konnte sich aus den Trümmern retten. In dem brennenden Betrieb sollen sich, bei Abgang des Berichtes, noch etwa 50 Personen befinden. Da mit der Gefahr einer neuen Explosion zu rechnen ist, konnten die Rettungsmannschaften nicht an die Unglücksstätte heran. Auch ein Teil des benachbarten Waldes steht in Flammen. In der ganzen Umgebung sind die Fensterheben zertrümmert. Eine spätere Meldung besagt:

Der „Dillinger Anzeiger“ meldet über die Katastrophe in Saarwellingen: Der Brand entstand in der Nitratkorperschmelze. In einem Augenblick explodierten sämtliche dort lagernden Brennstoffe. Das Feuer dehnte sich alsbald auf die weitere Umgebung aus. Bisher sind 13 Leiden geborgen, von denen etwa 7 nicht festgesetzt werden können, da sie infolge der erlittenen Verletzungen bis zur Unkenntlichkeit entstell sind. Die Zahl der Verwundeten ist noch nicht ermittelt, da die meisten von ihnen geflüchtet sind. Die Fabrik ist zum größten Teil zerstört. Die Häuser der näheren Umgebung sind zum Teil abgedeckt, zahlreiche Fensterheben zertrümmert, vereinzelte Gebäude ganz eingestürzt. Der Schaden ist ungeheuer. An die Wiederaufnahme der Arbeit ist für geraume Zeit nicht zu denken. Französische Truppen und Saarpolizei haben das Gelände gegen die Scharen der heranströmenden Neugierigen abgesperrt.

Staatsanzeiger.

Die persönliche Berechtigung zum Betriebe einer neu zu errichtenden Apotheke in Forstheim, Stadteil Luc, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Übertragung der Konzession auf die Stadt Forstheim bleibt vorbehalten. Bewerbungen sind unter Anschlag der erforderlichen Zeugnisse binnen vier Wochen hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 2. Dezember 1921.

Badisches Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Leers.

Belien

